

Pro Deutschland



Sitz / Verbreitung	Landesverband NRW: Düsseldorf
Gründung / Bestehen seit	Bürgerbewegung Pro Deutschland : 2005; Pro Deutschland Landesverband NRW: 2016
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender der Partei Pro Deutschland ist Manfred Rouhs; Vorsitzender des im Oktober 2016 gegründeten Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen ist Dr. Christoph Heger; 21 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Circa 100 Mitglieder
Veröffentlichungen	Web-Angebote: eigene Webseiten sowie Profile im sozialen Netzwerk Facebook
Kurzportrait / Ziele	Die unter der Bezeichnung Pro Deutschland auftretenden Gruppierungen entstanden im Wesentlichen auf Betreiben ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der rechtsextremistischen »Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)« sowie der Partei „Die Republikaner“ (REP). Die Partei Pro Deutschland vertritt rechtsextremistische Positionen. Insbesondere diffamiert sie Migranten und schürt Ängste vor Muslimen und Flüchtlingen.
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Zuwendungen an Gruppen und Fraktionen in Kommunalparlamenten

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Pro Deutschland – Landesverband NRW** missachtet mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Migranten werden wegen ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit pauschal herabgesetzt und diffamiert. Insbesondere stellt **Pro Deutschland** Migranten als Bedrohung für Wohlstand und Sicherheit dar. So sagte der



Auszüge der Homepage und des Facebook-Auftritts von **Pro Deutschland**



Fraktionsvorsitzende von **Pro Deutschland** im Gelsenkirchener Stadtrat in seiner Haushaltsrede im Dezember 2016: „*Neben Kosten hat uns vor allem die Zuwanderung auch Probleme gebracht. Vor allem haben wir eine Zunahme von Gewalt.*“ Der Vertreter von **Pro Deutschland** im Remscheider Stadtrat schrieb im Februar 2016 von einer „Asyl-Invasion“. Damit versucht er den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen als militärischen Angriff darzustellen. Damit schürt er Angst vor und Aggressionen gegen diese Bevölkerungsgruppe.

Wie auch die anderen **Pro-Organisationen** verbreitet **Pro Deutschland** öffentlichkeitswirksam Vorurteile über Muslime, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Die Pro-Aktivist:innen unterscheiden bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. So heißt es beispielsweise auf Aufklebern von **Pro Deutschland**: „*Aktiv werden gegen Moscheebau und Islamismus!*“ Die diskreditierende Gleichsetzung zielt darauf ab, eine Glaubensgemeinschaft für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen und sie als Bedrohung darzustellen.

Einige Vertreter des nordrhein-westfälischen Landesverbandes nahmen an der rechtsextremistischen Versammlung „Merkel muss weg“ am 7. Mai 2016 in Berlin teil. Die Vorsitzende des Wuppertaler Kreisverbandes, die zugleich im Rat der Stadt Wuppertal sitzt, trat als Rednerin auf. Nachdem sie die gewählte Regierung in völkischer Diktion als „Deutschlandabschaffer“ bezeichnete, rief sie das rechtsextremistische Publikum mit revolutionärer Attitüde auf: „Wir holen uns unser Land zurück.“

Der Berliner Landesverband der Partei, der bis 2016 der einzige Landesverband war, klagte gegen seine Aufnahme in den Berliner Verfassungsschutzbericht 2013. Das Verwaltungsgericht Berlin verkündete am 7. September 2016, dass **Pro Deutschland** zu Recht im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch aufgeführt wird. Denn die Aktivitäten der Partei waren „darauf gerichtet, die Gewährleistung der Menschenwürde im Sinne des Art. 1 Abs. 1 GG für bestimmte Personengruppen, namentlich Muslime und Migranten außer Geltung zu setzen.“

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Landesverband von **Pro Deutschland** in Nordrhein-Westfalen wurde im Zuge des internen Spaltungsprozesses der **Pro-Bewegung** im Jahr 2016 gegründet. **Pro Deutschland** ist fast ausschließlich im Bergischen Städtedreieck sowie in Gelsenkirchen aktiv. Die Mandate in den jeweiligen Kommunalvertretungen verdankt **Pro Deutschland** dem Übertritt ehemaliger Aktivist:innen von **Pro NRW**. Im Gegensatz zu **Pro NRW** bemüht sich **Pro Deutschland** mitunter ansatzweise um das Erscheinungsbild einer sachorientierten Ratsarbeit vor Ort. Trotz der Abgrenzungsbestimmungen zu **Pro NRW** bestehen weiterhin inhaltliche und organisatorische Verbindungen, erkennbar beispielsweise an der Gründung einer gemeinsamen Ratsfraktion in Witten im August 2016.

Pro Deutschland verfügt in Nordrhein-Westfalen insgesamt über ein geringes Aktionspotenzial und zeigt daher nur wenig öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Einzig nennenswert ist eine Doppelkundgebung „gegen Asylchaos und islamistischen Terror“ im Februar 2016 in Remscheid und Wuppertal mit bis zu 70 Teilnehmern aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

Trotz einer umfangreichen Kampagne anlässlich der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im September 2016 erhielt der Berliner Landesverband von **Pro Deutschland** lediglich 0,4% der Stimmen. In einer Stellungnahme teilte der Bundesvorsitzende daraufhin mit, dass **Pro Deutschland** im Jahr 2017 weder bei der Bundestagswahl noch bei anstehenden Landtagswahlen (darunter Nordrhein-Westfalen) kandidieren werde.

Im November 2016 gab der bisherige Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes von **Pro Deutschland**, Markus Wiener, der für **Pro Köln** auch Mitglied im Kölner Stadtrat ist, im Rahmen einer Vorstandsneuwahl den Vorsitz ab. Die Mitglieder des neuen Landesvorstands sind vor ihrer Wahl in der **Pro-Bewegung** kaum in Erscheinung getreten. Neue Impulse sind deshalb nicht zu erwarten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Pro Deutschland setzt weiterhin seinen Schwerpunkt auf fremden- und islamfeindliche Kampagnen. Dem Landesverband Nordrhein-Westfalen gelang es nur in Teilen, ehemalige Mitglieder von **Pro NRW** zum Übertritt zu bewegen. Angesichts der dünnen Personaldecke und einer durch die Parteispaltung demotivierten Anhängerschaft ist die Partei in Nordrhein-Westfalen kaum handlungsfähig. Es existieren nur in wenigen Kommunen Kreisverbände. Insgesamt wird die Partei kaum öffentlich wahrgenommen. Der Abspaltungsprozess hat insofern in die weitgehende Bedeutungslosigkeit geführt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_prodeutschland](#)